

Bereits im Hauptstadtbrief #155 wies ich auf die Gefahr hin, die von einer Cannabislegalisierung ausgeht. Studien zeigen, dass der Konsum von Cannabis ernsthafte gesundheitliche Risiken birgt, insbesondere für Jugendliche, und die kognitive Leistungsfähigkeit beeinträchtigt. Trotz dieser Erkenntnisse ignorieren die Befürworter der Cannabislegalisierung diese Risiken.

Während die Ampel-Parteien und Aktivisten die Wirkung von Cannabis verharmlosen, bleibt die CDU fest in ihrem Standpunkt verankert: Cannabis ist eine gefährliche Droge, deren Legalisierung verheerende Folgen für unsere Gesellschaft haben wird.

Die CDU steht für eine Politik, die sich dem Schutz unserer Bürger verpflichtet sieht. Anstatt den gefährlichen Trend der Cannabislegalisierung zu unterstützen, setzen wir uns für Prävention, Aufklärung und den Schutz unserer Jugend vor den Risiken des Drogenkonsums ein. Es ist an der Zeit, die Realität anzuerkennen: Cannabislegalisierung ist keine Lösung, sondern eine Bedrohung für unsere Gesellschaft.

## Die neue Grundsicherung

Bei einem Regierungswechsel werden wir als CDU das Bürgergeld in der jetzigen Form abschaffen und durch eine neue Grundsicherung ersetzen. Dann steht „Fördern und Fordern“ wieder im Mittelpunkt.

Jeder in unserem Land kann sich darauf verlassen, dass ihm geholfen wird, wenn er Hilfe benötigt. Dafür braucht es einen starken aktivierenden Sozialstaat, der den Prinzipien von Solidarität, Subsidiarität und Eigenverantwortung folgt. Gute Sozialpolitik macht eine Gesellschaft stark und widerstandsfähig. Sie hilft dabei, dass jeder sich mit seinen Talenten und Fähigkeiten einbringen kann. Schlecht gemachte Sozialpolitik bewirkt genau das Gegenteil. Sie alimentiert und lähmt damit Menschen. Sie frustriert die Fleißigen und schwächt damit die Bereitschaft zur Solidarität. Und letzten Endes ist sie ineffizient und teuer. Und genau das sehen wir gerade in der Politik der Ampel: schlechte Sozialpolitik.

Nach den Sitzungen der CDU-Spitzenorgane stellte unser Generalsekretär Carsten Linne-mann vor, wie diese neue Grundsicherung ausgestaltet wird. Grundsätzlich gilt: Wer arbeiten kann, sollte einer Arbeit nachgehen. Nur so kann ein Sozialstaat funktionieren. Deswegen muss

eine angebotene Arbeitsstelle von Bürgergeld-beziehern angenommen werden, wenn es sich um zumutbare Arbeiten handelt, die den Fähigkeiten der jeweiligen Menschen im Leistungsbezug entsprechen.

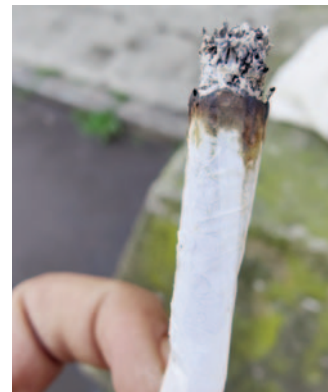
Mit dem derzeitigen Bürgergeld gibt es keine verbindliche Kooperation zwischen dem Jobcenter als Vertreter des Staates und den Bürgergeldempfängern. Wenn jemand eine zumutbare, angemessene Arbeit ablehnt, die ihm angeboten wurde, passiert nichts. Das kann nicht sein. Nicht wahrgenommene Termine müssen in Zukunft ebenso sanktioniert werden, wie das Ablehnen einer Arbeitsstelle. Auch das Bundesverfassungsgericht ist dieser Meinung und geht davon aus: Wer Arbeit nicht annimmt, obwohl sie oder er arbeiten kann, ist nicht bedürftig.

Auf der anderen Seite stehen all diejenigen, die jeden Tag arbeiten gehen und mit ihren Steuern und Abgaben das Sozialsystem überhaupt erst möglich machen. Diese Menschen haben einen Anspruch darauf, vom Verdienst ihrer Arbeit zu profitieren. Es braucht Anreize, die zeigen: Mehrarbeit lohnt sich. Mehrarbeit endet nicht in zusätzlichen Steuern, sondern bei denen, die sie geleistet haben.

Großangelegter Sozialleistungsmissbrauch, im Inland sowie durch im Ausland lebende Menschen, muss beendet werden. Dazu fordern wir einen vollständigen Datenaustausch zwischen den Sozial-, Finanz- und Sicherheitsbehörden und einen starken Rechtsstaat. Die Finanzkontrolle Schwarzarbeit wollen wir weiter stärken und so härter gegen diejenigen vorgehen, die illegale Beschäftigung betreiben oder die „schwarz“ arbeiten.

Derzeit existieren in Deutschland zwei unzureichend aufeinander abgestimmte Sicherungssysteme: das Bürgergeld auf der einen Seite und auf der anderen Seite ein System, das Wohngeld, Kindergeld, Kinderzuschlag und den Unterhaltsvorschuss umfasst. Das Nebeneinander dieser Systeme ist kaum zu durchschauen und führt dazu, dass der Zugang zu den Leistungen für die Menschen in unserem Land erheblich erschwert wird. Wir wollen perspektivisch diese Systeme daher in eine neue und einheitliche Struktur überführen.

Alle Details zur neuen Grundsicherung finden Sie hier: <https://www.cdu.de/artikel/wohlstand-ohne-leistung-ist-eine-illusion> ■



*„Studien zeigen, dass der Konsum von Cannabis ernsthafte gesundheitliche Risiken birgt, insbesondere für Jugendliche, und die kognitive Leistungsfähigkeit beeinträchtigt.“*



*„Mit dem derzeitigen Bürgergeld gibt es keine verbindliche Kooperation zwischen dem Jobcenter als Vertreter des Staates und den Bürgergeldempfängern.“*



MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



Telefon: (0231) 2265789

E-Mail: [info@k6-medien.de](mailto:info@k6-medien.de)

Grafikdesign | Webdesign | Printdesign

[www.k6-medien.de](http://www.k6-medien.de)